



### Presseschau vom 09.04.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info.*

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

### Außer der Reihe – Lesetipps:

#### **Rainer Rupp: Im Kalten Krieg gegen China haben die USA schlechte Karten (Teil 1)**

Auf Druck Washingtons wird derzeit in den EU-Ländern der Handel mit China – unter Verweis auf angebliche Menschenrechtsverletzungen in Chinas Provinz Xinjiang – durch westliche Sanktionen deutlich erschwert. Welche Folgen wird das für China und die Region haben? ...

<https://kurz.rt.com/2h5j>

#### **de.rt.com: Superreiche konnten ihr Vermögen in der Corona-Krise bisher um mehr als 50 Prozent steigern**

Milliardäre haben laut einer Studie in der von der WHO ausgerufenen Corona-Pandemie exorbitante Vermögenszuwächse verzeichnet. Der Mittelstand und prekär Beschäftigte müssen dagegen existenzbedrohende Einbußen hinnehmen. Forderungen nach höheren Steuern für Vermögende werden lauter. ...

<https://kurz.rt.com/2h6h>

#### **Natalia Pawlowa: Nördliche Dimension: Impuls für Interaktion zwischen EU und Russland**

Die Norddimension ist eine wichtige Plattform für die Aufrechterhaltung des Dialogs zwischen der EU und Russland, meint Markus Ederer, EU-Botschafter in Russland beim Online-Forum der nördlichen Länder Europas. Die Teilnehmer drängen darauf, die globalen

Herausforderungen nicht zu politisieren und der Zusammenarbeit neue Impulse zu verleihen.

...

<https://snanews.de/20210409/noerdliche-dimension-impuls-fuer-interaktion-zwischen-eu-und-russland-1623657.html>

**Liudmila Kotlyarova: Von der Leyen doch nur „Nummer zwei“? EU-Parlament will „SofaGate“ bei Erdogan aufklären**

Die Europäische Volkspartei (EVP) und die Sozialdemokraten, die beiden größten Fraktionen im EU-Parlament, wollen den Umgang des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan mit EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen während des Besuchs in Ankara in einer Plenarsitzung behandeln. ...

<https://snanews.de/20210409/von-der-leyen-sofa-gate-1626741.html>

**snanews.de: „Schlitzaugen, Bastarde und Reichskanzler Kohl“ – Fettnäpfchen von Prinz Philip**

Prinz Philip, der Ehemann der heute 94 Jahre alten Königin Elizabeth II., ist am 9. April mit 99 Jahren auf Schloss Windsor gestorben. Bekannt war, dass der Prinzgemahl es liebte, zu scherzen. SNA hat seine wohl bekanntesten Sprüche gesammelt. ...

<https://snanews.de/20210409/fettnaepfchen-von-prinz-philip-1630808.html>

**de.rt.com: Erneut Datenleck bei Corona-Testzentren: Tausende Namen samt Anschrift und Testergebnis im Netz**

Personenbezogene und vor allem medizinischen Daten sollten besonderem Schutz unterliegen. Doch bei den eilig bereitgestellten Corona-Testzentren scheint es darum nicht gut bestellt: Erneut gelangten Tausende Datensätze mit teils sensiblen Informationen ins Netz. ...

<https://kurz.rt.com/2h9a>

**snanews.de: Daten von hunderten Millionen Nutzern im Netz entdeckt – angeblich LinkedIn-User betroffen**

Ein Datensatz mit angeblich einer halben Milliarde Nutzerdaten, die vom Karrierenetzwerk LinkedIn stammen sollen, ist in einem beliebten Hacker-Forum zum Verkauf angeboten worden. Vom Datenleck wurde erst wenige Tage nach der Entdeckung der Personaldaten von rund 533 Millionen Facebook-Nutzern bekannt. Darüber berichtet die Webseite „Cybernews“.

...

<https://snanews.de/20210409/linkedin-nutzer-daten-im-netz-entdeckt-1633304.html>

**abends/nachts:**

**snanews.de: USA planen Modernisierung von Atomwaffenarsenal**

Mit Blick auf die derzeitige Sicherheitslage in der Welt wollen die USA ihr Atomwaffenarsenal erneuern. Laut der US-Energieministerin Jennifer Granholm ist dieser Schritt notwendig, um die nukleare Aggression seitens anderer Staaten in Schach zu halten. „Wir müssen unsere nuklearen Fähigkeiten modernisieren, wir müssen unsere nuklearen Lagerbestände aufrechterhalten und fortführen, damit diese sicher und effizient sind. Dies werden wir weiterhin tun, um die atomare Aggression seitens anderer Staaten zurückzuhalten“, erklärte Granholm in einem Briefing.

Von welchen Ländern diese Aggression ausgehen soll, sagte die Energieministerin allerdings nicht.

Mitte März teilte bereits Großbritannien mit, den Ausbau des eigenen Atomwaffenarsenals

anzustreben. Demnach soll die Begrenzung der Zahl der Atomsprengeköpfe von 180 auf bis zu 260 erhöht werden. Die Regierung bezeichnete die sogenannte „Integrated Review“ als radikalste Neubewertung des britischen Platzes in der Welt seit dem Ende des Kalten Krieges.



[://cdn.snanews.de/img/07e5/02/09/846396\\_0:82:1920:1162\\_1440x0\\_80\\_0\\_0\\_dce79d806bdbd7bfad13b00cb5c59cd0.jpg](http://cdn.snanews.de/img/07e5/02/09/846396_0:82:1920:1162_1440x0_80_0_0_dce79d806bdbd7bfad13b00cb5c59cd0.jpg)

#### snanews.de: **Botschafter der Ukraine in Berlin will deutsche Hilfe bei Modernisierung ukrainischer Armee**

Der Botschafter der Ukraine in Berlin, Andrej Melnik, hat Deutschland aufgerufen, alle Ausreden abzulegen und der Ukraine endlich unter die Arme zu greifen. Das Ziel sei, „ihre Verteidigungsfähigkeit zu stärken und die Streitkräfte zu modernisieren“, erklärte Melnik in einem Interview der Mediengruppe RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND).

Die Ukraine erwarte von der Bundesregierung, dass das Versprechen des Bukarester Nato-Gipfels von 2008 „endlich eingelöst und die Ukraine schnellstmöglich in die Allianz aufgenommen wird“.

Melnik warf Russland vor, seine Armee entlang der ukrainischen Staatsgrenzen verstärkt zu konzentrieren. „Es geht um konkrete Kriegsvorbereitungen und eine sehr ernste Gefahr eines neuen militärischen Angriffs auf die Ukraine“, sagte er im RND-Gespräch.

Um einen schrecklichen Flächenbrand in Europa noch zu verhindern, sei dringend „eine megastarke Warnung“ nach Moskau von Bundeskanzlerin Angela Merkel „höchstpersönlich und des Bundestages“ nötig, betonte der Botschafter.

#### **Beziehungen Moskau-Kiew auf Tiefpunkt**

Die Beziehungen zwischen Moskau und Kiew haben sich vor dem Hintergrund des Geschehens im Donbass weiter verschlechtert. Die ukrainischen Behörden und westliche Länder werfen Russland eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Ukraine vor. Im Januar 2015 hatte die Werchowna Rada (Parlament) eine Erklärung abgegeben, in der Russland als Aggressor eingestuft wurde. Russland weist jegliche Anschuldigungen Kiews und des Westens vehement als nicht hinnehmbar zurück.

Dmitri Peskow, Sprecher von Präsident Wladimir Putin, sagte, dass Russland seine Militärpräsenz in der Region solange beibehalte, wie es der Generalstab und der Oberkommandierende Putin für nötig hielten. Der Truppenaufmarsch bedrohe niemanden, betonte er.

#### **Moskau sieht sich nicht als Konfliktpartei in Ukraine**

Moskau hat zuvor mehrmals darauf hingewiesen, dass Russland keine Konfliktpartei in der Ukraine und daran interessiert sei, dass die politische und ökonomische Krise im Nachbarland so schnell wie möglich gelöst werde.

Im Dezember 2014 war der blockfreie Status der Ukraine per Änderungen an zwei Gesetzen durch das Parlament in Kiew aufgehoben worden. Laut einer im Juni 2016 beschlossenen Gesetzänderung wurde der Nato-Beitritt der Ukraine zum außenpolitischen Ziel des Landes erklärt. Im Februar 2019 wurden die Nato-Bestrebungen Kiews in der Landesverfassung verankert.



[https://cdn.snanews.de/img/07e5/04/08/1617108\\_0:43:3073:1771\\_1440x0\\_80\\_0\\_0\\_e4cdb7b7641cde565f04575a380eea18.jpg](https://cdn.snanews.de/img/07e5/04/08/1617108_0:43:3073:1771_1440x0_80_0_0_e4cdb7b7641cde565f04575a380eea18.jpg)

### snanews.de: **Umfrage: Mehr als die Hälfte der Deutschen würde sich mit Sputnik V impfen lassen**

Mehr als die Hälfte der Bürger in Deutschland würde sich mit dem russischen Vakzin Sputnik V gegen das Coronavirus impfen lassen, sollte das Präparat von der europäischen Arzneimittelbehörde EMA zugelassen werden. Das ergab eine repräsentative Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Yougov, die im Auftrag des „Handelsblatts“ durchgeführt wurde. Demnach würden 55 Prozent der Befragten eine Immunisierung mit Sputnik V akzeptieren, heißt es in der am Donnerstag publik gemachten Studie. 19 Prozent lehnen eine Impfung mit dem russischen Vakzin ab, 14 Prozent wussten keine Antwort, 12 Prozent der Respondenten wollten sich generell nicht impfen lassen.

Zur Zahl der Teilnehmer, zur Zeit und Geografie der Befragung sowie zu deren Toleranz machte das Blatt keine Angaben.

#### **Klare Mehrheit für Sputnik V**

Zuvor hatte eine Umfrage des Unternehmens Forsa für die Mediengruppe RTL gezeigt, dass sich 57 Prozent der Deutschen mit dem russischen Vakzin Sputnik V würden impfen lassen. Im Februar lag ihr Anteil noch bei 45 Prozent.

#### **Einzelne Bundesländer verhandeln mit Moskau**

Am Vortag hatte das Gesundheitsministerium des Freistaates Bayern eine Absichtserklärung mit dem Russischen Direktinvestitionsfonds (RDIF) über die mögliche Lieferung von Sputnik V geschlossen. Bayerns Ministerpräsident Markus Söder zufolge dürfte das Bundesland bereits im Juli bis zu 2,5 Millionen Sputnik-Dosen erhalten, sollte das Präparat in der EU registriert werden.

Bayerns Gesundheitsminister Klaus Holetschek zufolge könnte das Unternehmen R-Pharm Germany in Illertissen die Produktion von Sputnik V binnen einem Jahr aufnehmen.

Daraufhin haben noch einige Bundesländer die Absicht bekundet, Sputnik V zu erwerben. Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg signalisieren die Bereitschaft, Verhandlungen mit Moskau über die Produktion und Lieferung des Vakzins aufzunehmen. Die Behörden von Rheinland-Pfalz sind der Ansicht, dass dies eine Angelegenheit des Bundes sei. Zugleich

befürworteten sie die möglicher Zertifizierung von Sputnik V durch die Europäische Arzneimittel-Agentur (EMA).

#### **vormittags:**

telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 8. April 2021 wurden **drei Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung** von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

17:55 Uhr – Luganskoje – **Nishneje Losowoje**: Mörser 120mm (4 Mörsergeschosse).

20:35 Uhr - Luganskoje – **Kalinowka**: automatische Granatwerfer (29 Schüsse).

22:05 Uhr – Katerinowka – **Molodjoshnoje**: Mörser 82mm (4 Mörsergeschosse).

Informationen über Verletzte unter der Zivilbevölkerung und Zerstörungen werden noch ermittelt.

#### **de.rt.com: Iran gibt festgehaltenen südkoreanischen Tanker frei**

Zuständige Behörden in Iran haben einen südkoreanischen Chemikaliertanker und dessen Kapitän freigegeben. Dies teilte das südkoreanische Außenministerium mit. Teheran hatte Seoul aufgefordert, Vermögenswerte freizugeben, die unter US-Sanktionen eingefroren sind. Am Freitag konnte der festgehaltene südkoreanische Tanker MT Hankuk Chemi iranische Gewässer verlassen, teilte das Außenministerium Südkoreas in einer Erklärung mit. Man hob hervor, der Kapitän und die Besatzung seien bei guter Gesundheit und das Schiff voll funktionstüchtig.

Schiffsverfolgungsdaten zufolge hat die Hankuk Chemi den Hafen von Rajai in der Nähe von Bandar Abbas in Iran verlassen und setzt ihre Fahrt fort. Das Schiff befand sich rund drei Monate in Gewahrsam, nachdem es Anfang Januar in der Straße von Hormuz bei Oman beschlagnahmt wurde.

Während Teheran im Februar zustimmte, 19 Besatzungsmitglieder freizulassen, blieb der Kapitän in Haft. Weitere 12 Besatzungsmitglieder beschlossen an Bord zu bleiben, um bei der Wartung zu helfen.

Die Freigabe erfolgt inmitten eines monatelangen Streits um rund sieben Milliarden US-Dollar iranischer Gelder, die aufgrund von US-Sanktionen gegen die Islamische Republik bei südkoreanischen Banken eingefroren sind.

Obwohl iranische Medien Ende Februar berichteten, dass beide Seiten eine Einigung über die Rückgabe der Gelder erzielt hätten, bleibt unklar, welche Fortschritte seitdem gemacht wurden. Etwa zur gleichen Zeit berichtete die südkoreanische Nachrichtenagentur Yonhap News unter Berufung auf das Außenministerium, dass Seoul in Gesprächen mit Washington über die Angelegenheit stehe, präsentierte aber kaum weitere Details darüber an, ob eine Einigung erzielt wurde.

Iranische Behörden behaupten, die Hankuk Chemi habe die Gewässer des Landes mit Petrochemikalien verschmutzt und gegen maritime Umweltgesetze verstoßen. Ali Rabiei, ein Sprecher der iranischen Regierung, wies Vorwürfe zurück, wonach die Besatzungsmitglieder als Geiseln genommen worden seien und die Angelegenheit in Zusammenhang mit dem Streit um die Gelder stehe. Er beschuldigte jedoch Südkorea, das Vermögen seines Landes zurückzuhalten.

Die Vermögenswerte wurden im Rahmen einer Reihe von US-Sanktionen eingefroren, die im Jahr 2018 vom damaligen US-Präsidenten Donald Trump wieder in Kraft gesetzt wurden. Gleichzeitig stiegen die USA aus dem im Jahr 2015 zwischen Iran und den Weltmächten unterzeichneten Atomabkommen aus. Washington hat großen Einfluss auf internationale

Finanzinstitutionen wie SWIFT und nutzt diese Macht, um andere Nationen unter Druck zu setzen.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.04/article/606feffb480cc07c505a365.JPG>

**dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung für den Zeitraum vom 8. April 3:00 Uhr bis 9. April 3:00 Uhr**

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Gesamtzahl der Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feueinstellung von Seiten der BFU 3.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

Richtung Gorlowka: Antipanzergranatwerfer – einmal (2 Granaten).

Richtung Donezk: Mörser 120mm – einmal (12 Mörsergeschosse).

Richtung Mariupol: Mörser 82mm – einmal (14 Mörsergeschosse).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befand sich folgende Ortschaften: **Sajzewo, Wesjoloje, Leninskoje.**

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

**Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 28.**

In den vorangegangenen 24 Stunden wurden 6 Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

**ukrinform.de: Treffen von Außenminister der Ukraine und Polen: Beide Länder wollen sich um Festigung internationaler Unterstützung für die Ukraine bemühen**

Die Außenminister der Ukraine und Polens, Dmytro Kuleba und Zbigniew Rau, haben sich vereinbart, sich gemeinsamen um die Festigung der effektiven internationalen Unterstützung für die Ukraine im Zusammenhang mit der russischen Aggression bemühen. Das erklärte das Außenamt der Ukraine nach einem Treffen der Minister am Donnerstag in Kyjiw.

Kuleba informierte seinen polnischen Amtskollegen über eine systematische Verschärfung der Sicherheitslage in der Ostukraine durch Russland, über die Verlegung russischer Truppen an die ukrainische Grenze und über die Aktivitäten der russischen Propaganda. Zbigniew Rau äußerte sich über diese Handlungen Russlands besorgt und versicherte, dass Polen die Ukraine bei ihrem Kampf für die Souveränität und territoriale Integrität konstant und stark unterstützt.

Die Minister erörterten auch die militärisch-politische Zusammenarbeit, die Energiekomponente der regionalen Sicherheit im Zusammenhang mit der Gaspipeline Nord Stream 2, der zukünftige OSZE-Vorsitz Polens sowie bilaterale Beziehungen. Auch die

Stärkung der Zusammenarbeit der Ukraine, Polens und Litauens und die Vorbereitung zum Gipfel der „Krim-Plattform“ waren die Themen des Gesprächs.  
Polen unterstütze den Kurs der Ukraine auf die Mitgliedschaft in der Nato und EU.



[https://static.ukrinform.com/photos/2021\\_04/thumb\\_files/630\\_360\\_1617890366-5869.jpeg](https://static.ukrinform.com/photos/2021_04/thumb_files/630_360_1617890366-5869.jpeg)

Lug-info.com: In der LVR sind am 9. April um 9:00 Uhr 3950 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt.  
Davon wurden bis 3245 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen.  
Seit Beginn der Pandemie gibt es 341 Todesfälle.

### snews.de: **Streit um die Spritze: Russischer Hersteller fordert „Sputnik V“ von Slowakei zurück**

Der Hersteller des russischen Corona-Impfstoffs „Sputnik V“ hat nach eigenen Angaben die slowakische Regierung aufgefordert, das Vakzin wegen mehrfacher Vertragsverletzungen zurückzuschicken. Die Slowakei hatte zuvor kritisiert, dass die gelieferten Dosen nicht identisch mit den zuvor in der Fachzeitschrift „The Lancet“ beschriebenen seien. Ein entsprechender Bericht stammt vom slowakischen staatlichen Institut für Arzneimittelkontrolle SUKL. Die slowakischen Kontrolleure monierten, dass auch Informationen aus anderen Ländern, in denen „Sputnik V“ bereits eingesetzt werde, wegen mangelnder Übereinstimmung nicht auf die an die Slowakei gelieferten Vakzine anwendbar seien. Allein auf der Grundlage von Labortests sei es nicht möglich, auf die Wirksamkeit und Sicherheit beim Menschen zu schließen, heißt es weiter.

Der russische Fonds für Direktinvestitionen (RDIF), der „Sputnik V“ offiziell vertritt, hat als Reaktion auf die Kritik die slowakische Regierung aufgefordert, das Vakzin wegen „mehrfacher Vertragsverletzungen“ zurückzuschicken, damit es in anderen Ländern verwendet werden könne.

Die slowakische Arzneimittelaufsicht habe den Impfstoff in einem Labor getestet, das nicht Teil des offiziellen Labornetzwerks für Arzneimittelkontrollen der EU sei, schrieb RDIF dazu auf Twitter. Das sei ein „Akt der Sabotage“. Berichte unter Berufung auf anonyme Quellen, dass der Sputnik-Impfstoff in der Slowakei von dem in „The Lancet“ beschriebenen unterscheidet, seien „Fakes“. Auch erwarte RDIF zusätzliche falsche Nachrichten und Provokationen von Gegnern von „Sputnik V“ in der Slowakei. „Impfstoffe sollten Leben retten und nicht für geopolitische und interne politische Kämpfe eingesetzt werden.“ Auch bittet RDIF, das Vakzin in ein zertifiziertes Labor für Arzneimittelkontrollen der EU zur Überprüfung zu schicken.

Auf den Labor-Vorwurf konterte ihrerseits die SUKL-Sprecherin Magdalena Jurkemikova gegenüber der DPA, dass die Labortests im renommierten biomedizinischen Zentrum der Slowakischen Akademie der Wissenschaften erfolgt seien. Niemand habe SUKL im Voraus darauf hingewiesen, dass eine solche Testung vertragswidrig sein könnte. Der Vertrag werde selbst gegenüber dem Kontrollinstitut geheim gehalten.

Der RDIF behauptet seinerseits weiter, dass „alle Sendungen von ‚Sputnik V‘ von gleicher Qualität sind und am Gamaleja-Institut einer strengen Qualitätskontrolle unterzogen werden“.

### **Slowakei und „Sputnik V“**

Der Streit um „Sputnik V“ hatte in der vergangenen Woche zum Rücktritt des slowakischen Ministerpräsidenten Igor Matovic geführt. Es wurde ihm neben Fehlern im Krisenmanagement auch der hastige Ankauf des russischen Impfstoffs vorgeworfen. Matovic, der jetzt Finanzminister und stellvertretender Ministerpräsident ist, kritisierte die Angriffe auf ihn als böswillige Verschwörung. Jemand versuche offenbar „aus geopolitischen Gründen“ zu verhindern, dass „Sputnik V“ in der Slowakei mithelfen könne, Menschenleben zu retten, schrieb der Ex-Ministerpräsident dazu.

Auch Gesundheitsminister Marek Krajci, der unter anderem eine Ausnahmegenehmigung für die Anwendung von „Sputnik V“ erteilt hatte, trat zurück. Zugleich ordnete er jedoch an, dass der tatsächliche Einsatz erst nach Vorliegen einer positiven Prüfung durch SUKL beginnen dürfe. Deshalb wurden die am 1. März vorerst gelieferten 200.000 Impfdosen bisher nicht genutzt.

Matovic brach noch am Donnerstag nach Moskau auf, um mit dem RDIF-Chef zu sprechen, wie er auf Facebook mitteilte. Von seiner Reise schickte er eine Botschaft über Facebook an die Kritiker zu Hause, die die Vereinbarung mit Russland zerstört hätten: „Ich gratuliere euch Idioten! Ihr habt die Gesundheit von Millionen Menschen in der Slowakei als Geisel genommen.“



[https://cdn.snaneews.de/img/07e5/04/09/1622798\\_0:0:3041:1711\\_1440x0\\_80\\_0\\_0\\_0a0e249135b56a78f32a8c4c76ff4690.jpg](https://cdn.snaneews.de/img/07e5/04/09/1622798_0:0:3041:1711_1440x0_80_0_0_0a0e249135b56a78f32a8c4c76ff4690.jpg)

Mzdnr.ru: Am 8. April wurden in der DVR 511 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 166 positiv, bei 32 Patienten wurde die Diagnose COVID-19 klinisch gestellt.

Am 9. April um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 30.246 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

6262 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 21.670 als gesund entlassen, es gibt 2314 Todesfälle.

In den letzten 24 Stunden wurden 101 Fälle von Lungenentzündung entdeckt, 28 mehr als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 76 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt befinden sich 907 Patienten mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 520 mit

Sauerstoffunterstützung (+22 in den letzten 24 Stunden).

Außerdem wurden im Ergebnis von 78 Express-tests 41 Patienten entdeckt, die eine Coronavirusinfektion bereits durchgemacht haben. Insgesamt wurden seit dem 18. März 2021 827 Patienten entdeckt, die zuvor eine Covid-19 Erkrankung durchgemacht hatten.

### sputnik.by: **Das russische Außenministerium bezeichnete eine mögliche Verlagerung der Verhandlungen zum Donbass aus Minsk als Unsinn**

Die belarussische Hauptstadt wurde 2015 nach dem zweiten Gipfel im Normandie-Format zu einer Verhandlungsplattform für den Donbass.

Die mögliche Verlegung der Kontaktgruppe zum Donbass von der belarussischen Hauptstadt an einen anderen Ort sei hypothetischer Unsinn der Vertreter Kiews, sagte die offizielle Vertreterin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa bei einem Briefing am Freitag.

Zuvor hatte der stellvertretende Ministerpräsident der Ukraine, Aleksej Resnikow, der Minister für die „vorübergehend besetzten Gebiete“, seine Weigerung erklärt, über den Donbass in Minsk weiter zu verhandeln. Kiew werde nicht mehr an persönlichen Treffen in Belarus teilnehmen, und um die Verhandlungen im Rahmen der trilateralen Kontaktgruppe fortzusetzen, müsse man nach einem anderen Land suchen.

„Dies ist der gleiche hypothetische Unsinn, den wir wiederholt von Vertretern Kiews in ganz anderen Bereichen hören“, sagte die Sprecherin des russischen Außenministeriums.

Laut Sacharowa hat Weißrussland die Frage einer möglichen Übertragung von Verhandlungen aus seiner Hauptstadt noch nicht angesprochen.

Sie betonte, dass solche Erklärungen von Kiew abgegeben werden, um die im Rahmen des Minsker Maßnahmenkomplexes zur Lösung des internen ukrainischen Konflikts auf der Grundlage des direkten Dialogs mit Donezk und Lugansk übernommenen Verpflichtungen nicht zu erfüllen.

Sacharowa fügte hinzu, dass die Verlegung von Verhandlungen an einen anderen Ort nicht inhaltlich erörtert werde.

Zuvor sprach der stellvertretende Stabschef des russischen Präsidenten Dmitri Kosak zu diesem Thema. Er glaubt, dass es nicht notwendig ist, die Plattform für Verhandlungen über Donbass von Minsk zu verlegen.

Minsk wurde 2015 zu einer Verhandlungsplattform für Donbass, nachdem in der belarussischen Hauptstadt unter Beteiligung der Staats- und Regierungschefs Russlands, Deutschlands, Frankreichs und der Ukraine der zweite Gipfel im Normandie-Format abgehalten wurde. Seitdem haben in Belarus Dutzende von Treffen der trilateralen Kontaktgruppe und ihrer Untergruppen stattgefunden, bei denen wichtige Vereinbarungen über einen Waffenstillstand, die Gewaltenteilung, die Bewegung von Bürgern und andere getroffen wurden.



<https://cdn12.img.sputnik.by/images/07e5/01/0f/1046643645.jpg>

**nachmittags:**

**de.rt.com: Sanktionsspirale: China bereitet Gegenreaktion auf US-Sanktionen gegen Computerhersteller vor**

Die chinesischen Behörden bereiten Gegenmaßnahmen zum Schutz einheimischer Hersteller und Zulieferer von Supercomputern vor. Diese waren kürzlich von den USA sanktioniert worden. Ein Vertreter des chinesischen Außenministeriums kommentierte die Situation. China ist entschlossen, die legitimen Interessen seiner Unternehmen mit Nachdruck zu verteidigen. Dies hat der Vertreter des chinesischen Außenministeriums Zhao Lijian erklärt. Nun entwickeln die Behörden Gegenmaßnahmen auf US-Sanktionen gegen chinesische Supercomputerhersteller. In einer Erklärung hieß es:

"China wird die notwendigen Gegenmaßnahmen gegen ähnliche US-Maßnahmen ergreifen. Wir sind entschlossen, die legitimen Interessen unserer Unternehmen entschieden zu verteidigen."

Laut dem Diplomaten wollen sich die Vereinigten Staaten um jeden Preis auf dem internationalen Hightech-Markt ein Monopol sichern, um "die Hegemonie der USA in der Welt zu wahren".

"Zu diesem Zweck missbrauchen die Vereinigten Staaten das Konzept der nationalen Sicherheit, indem sie Druck auf chinesische Hightech-Unternehmen ausüben. Wir sind entschieden gegen solche Maßnahmen."

Das US-Handelsministerium gab am Donnerstag die Neuzugänge auf der Schwarzen Liste bekannt. Diese wurde um sieben chinesische Technologieunternehmen erweitert und umfasst nun neben anderen Tianjin Phytium Information Technology, Shanghai High-Performance Integrated Circuit Design Center, Sunway Microelectronics sowie National Supercomputing Center Jinan, National Supercomputing Center Shenzhen, National Supercomputing Center Wuxi und National Supercomputing Center Zhengzhou.

Nach Angaben der US-Behörden sind diese Unternehmen an der Entwicklung von Supercomputern beteiligt, die China für militärische Zwecke einsetzt.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.04/article/60701fb6b480cc07c505a39e.jpg>

### snanews.de: **USA schließen zwei Impfzentren nach Verabreichung von Johnson & Johnson**

In den Vereinigten Staaten sind zwei Massenimpfstellen – eine in North Carolina und eine in Colorado – vorübergehend geschlossen worden, da einige Personen nach der Verabreichung des Covid-19-Impfstoffes von Johnson & Johnson mit Nebenwirkungen zu kämpfen hatten. Darüber berichtet die Zeitung „The Wall Street Journal“ am Freitag.

Unklar sei, ob die Beschwerden unmittelbar mit dem Vakzin zusammenhängen. An der Impfstelle in North Carolina wurden bei 18 Personen Reaktionen registriert, bei 14 von ihnen waren sie allerdings nur gering ausgeprägt. Vier Personen wurden zur Untersuchung ins Krankenhaus gebracht. Im Impfzentrum in Colorado hatten elf Menschen Nebenwirkungen, zwei davon wurden ebenfalls präventiv in die Klinik eingeliefert.

Die Entscheidung zum Abbruch der Impfkampagne sei nach Konsultationen mit dem Hersteller „aus Vorsicht“ getroffen worden. Ein Vertreter von Johnson & Johnson sagte, der Hersteller prüfe alle Fälle genau und teile die Angaben den zuständigen Gesundheitsbehörden des Landes mit.

Die US-Gesundheitsbehörden genehmigten Ende Februar den One-Shot-Impfstoff von Johnson & Johnson und bezeichneten ihn als sicher und wirksam. Es ist eines von drei Vakzinen, die für die Verwendung in den USA zugelassen sind – neben dem Serum von Moderna und dem von Pfizer und Biontech.

Eine frühzeitige Sicherheitsüberwachung von Covid-19-Impfstoffen hat nach Angaben der Stellen für die Kontrolle und Prävention von Krankheiten seltene Berichte über schwere allergische Reaktionen nach der Impfung ergeben. Laut der US-Behörde für Lebens- und Arzneimittel(FDA) sollten jene, die auf die Inhaltsstoffe allergisch sind, auf die Vakzinierung mit dem entsprechenden Mittel verzichten.

Die Impfstoffe von Pfizer und Moderna enthalten unter anderem das genetische Material RNA und eine Substanz namens Polyethylenglykol, die mit seltenen allergischen Reaktionen in Verbindung gebracht wurde, schreibt „WSJ“. Das Vakzin von Johnson & Johnson weist unter anderem ein Adenovirus auf – also einen Erreger, der Erkältungen verursachen kann und unschädlich gemacht wurde, sowie Polysorbat.



[https://cdn.snnews.de/img/07e5/03/0b/1230901\\_0:86:3339:1964\\_1440x0\\_80\\_0\\_0\\_8bf1143ed0f98c92b705149ee1d3b3a2.jpg](https://cdn.snnews.de/img/07e5/03/0b/1230901_0:86:3339:1964_1440x0_80_0_0_8bf1143ed0f98c92b705149ee1d3b3a2.jpg)

dnronline.su: **Eine Delegation der DVR**, zu der der stellvertretende Leiter des Administration des Oberhauptes des DVR Gennadij Lebed, die Finanzministerin Jana Tschaussowa, der stellvertretenden Außenminister Sergej Peresada, der Leiter des Exekutivkomitees der gesellschaftlichen Bewegung „Donezkaja Respublika“ Alexej Muratow, der Berater des Oberhauptes der DVR Andrej Kramar, der Direktor einer Abteilung des Ministeriums für Industrie und Handel Sergej Wlassow und andere offizielle Persönlichkeiten gehören, **befand sich vom 4. bis 8. April zu einem Arbeitsbesuch in Syrien.**

Wie das Außenministerium der DVR mitteilt, fand im Rahmen des Besuch ein Treffen mit einer der führenden Persönlichkeiten der Arabischen sozialistischen Partei „Baath“ Dr. Machdi Dachlallach statt, auf deren Seite das Bestreben zu einer Partnerschaft geäußert wurde, außerdem wurden Details einer bevorstehenden Vereinbarung über eine Zusammenarbeit zwischen der Partei „Baath“ und der gesellschaftlichen Bewegung „Donezkaja Respublika“ erörtert.

Die Vertreter der DVR führten ein Treffen mit Studenten in einer Schule zur Ausbildung von Kadern der Baath-Partei durch, wo sie die Möglichkeit hatten, sich mit den Studenten über internationale bedeutsame Themen zu unterhalten und wichtige Fragen der gegenseitigen Beziehungen zwischen der DVR und der Syrischen Arabischen Republik zu behandeln.

Am 7. April fand in Damaskus eine Konferenz zu Investitionen und Partnerschaft statt, auf der unsere Delegierten mit syrischen Partnern die Möglichkeit der Entwicklung von geschäftlichen Investitionen zwischen den Republiken erörterten. Die Delegierten der DVR trafen sich auch mit dem Patriarchen von Antiochien und dem gesamten Osten Johannes X: und mit dem Großmufti Syriens Ahmad Badr al-Din Hassoun.

Ergebnis des Besuchs war eine Reihe perspektivischer Vereinbarungen über die Entwicklung gemeinsamer Projekte zwischen der DVR und der SAR.

snnews.de: **Russischer Botschafter in Wien sieht „unsaubere Spiele“ um „Sputnik V“**

Moskau könnte noch im April eine Million Impfdosen seines Corona-Impfstoffes „Sputnik V“ in die Alpenrepublik liefern. Der Botschafter der Russischen Föderation in Österreich Dmitri Ljubinski hofft auf eine baldige Unterzeichnung eines Liefervertrags, spricht jedoch von „unsauberen Spielen“ um das Vakzin.

„Wenn wir den Vertrag nächste Woche unterzeichnen, können wir bis Ende April erste Lieferungen durchführen. Bis Ende Juni können es eine Million Impfdosen sein“, sagte Ljubinski in einem Interview mit den „Salzburger Nachrichten“. Angesichts der Probleme mit

der Zustellung anderer Vakzine sei Russland bereit, Österreich unter die Arme zu greifen. „Aber es gibt unsaubere Spiele rundherum“, zeigte sich der Botschafter besorgt. Es gehe auch um die Interessen riesiger Pharmakonzerne. „Es stehen Milliarden und noch einmal Milliarden auf dem Spiel.“

Der Diplomat kritisierte, dass der Impfstoff „von Anfang an schlechtgemacht“ worden sei, bevor die Fachzeitschrift „Lancet“ ihre positive Analyse veröffentlicht habe.

„Um die 60 Länder setzen ‚Sputnik V‘ bereits ein. Jetzt heißt es plötzlich, die Produktion sei ungenügend. Dieser Lobbyismus greift überall. Er besagt, dass Sputnik nicht verwendet werden soll, weil der Impfstoff russisch ist. Aber die Menschen, auch in Österreich, durchschauen das. Zwei Drittel wären laut Umfragen bereit, sich damit impfen zu lassen“, betonte Ljubinski.

Österreichs Bundeskanzler Kurz hatte Ende März mitgeteilt, dass mit Russland über den Kauf von einer Million Dosen „Sputnik V“ verhandelt werde. „Beim Impfstoff darf es keine geopolitischen Scheuklappen geben. Das Einzige was zählen darf ist, ob der Impfstoff wirksam und sicher ist, nicht woher er kommt“, sagte er.

Ferner kritisierte der Botschafter den fehlenden Dialog zwischen Moskau und Brüssel. Der Dialog mit der EU liege am Boden. „Wir sind in einer Sackgasse. Es gibt auch keine Vision, wie und ob wir da wieder gemeinsam herausfinden.“

Immer wenn Russland über wichtige Themen mit der EU rede, würden zuerst Bedingungen gestellt, sagte der Botschafter. „Das ist keine Partnerschaft.“ Man schaffe immer ein neues Problemthema, sei es Nawalny oder die Krim. „Eine solche Frage gibt es für uns nicht.“

Beide Seiten müssten die Karten auf den Tisch legen und auf Augenhöhe miteinander reden, führte der Diplomat aus. „Aber immer, wenn wir das vorschlagen, hören wir nur: Sanktionen, Sanktionen. Immer ist Russland an allem schuld – das ist Teil des täglichen Lebens, leider auch in den westlichen Medien.“



[https://cdn.snaneews.de/img/07e5/03/1d/1486820\\_0:285:3078:2016\\_1440x0\\_80\\_0\\_0\\_1bdd702aa8ba3f029283e4520aad0b24.jpg](https://cdn.snaneews.de/img/07e5/03/1d/1486820_0:285:3078:2016_1440x0_80_0_0_1bdd702aa8ba3f029283e4520aad0b24.jpg)

Dan-news.info: Die Impfungen des gesamten Personals der Volksmiliz erlauben es, die Beschränkungen zu verringern und sicher die Siegesparade des 9. Mai durchzuführen. Die Vorbereitungen haben begonnen, teilte heute das Oberhaupt der DVR Denis Puschilin mit.

de.rt.com: **Moskau warnt: NATO-Beitritt der Ukraine wird zur Eskalation des Konflikts im Donbass führen**

Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij hat am Dienstag einen NATO-Beitritt seines Landes den "einzigsten Weg" genannt, um den Krieg im Donbass zu beenden. Die Sprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa warnt vor einer Eskalation des Konflikts.

Während einer Pressekonferenz am Freitag hat die Sprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa die ukrainische Regierung aufgerufen, einen verantwortungsvollen Ansatz zu verfolgen und ihre Verpflichtungen gemäß der Minsker Abkommen umzusetzen. Der Diplomatin zufolge will Kiew den Konflikt im Donbass militärisch lösen und hetzt gegen Russland. Sacharowa wörtlich:

"Leider bleibt die Situation im Donbass schwierig und die Lage verschärft sich tendenziell. Der Grund dafür ist die krieglerische Haltung Kiews, das immer noch mit der Illusion über die Möglichkeit einer militärischen Lösung des Konflikts in der Ostukraine lebt."

Sacharowa verwies darauf, dass ukrainische Medien Mitteilungen über eine angebliche russische Bedrohung und über Absichten Moskaus, "morgen die Ukraine anzugreifen", veröffentlichen. Nach Ansicht der Diplomatin geschieht dies unter dem Einfluss und mit öffentlicher Unterstützung durch die westlichen Verbündeten der ukrainischen Regierung. Außerdem kommentierte Sacharowa die Erklärung des ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij, dass ein NATO-Beitritt seines Landes der "einzige Weg" sei, um den Konflikt im Donbass zu lösen:

"Entgegen den Erwartungen Kiews wird ein möglicher NATO-Beitritt nicht nur keinen Frieden in die Ukraine bringen, sondern im Gegensatz dazu zu einer heftigen Eskalation in der Ostukraine führen, was möglicherweise irreversible Folgen für die Staatlichkeit der Ukraine haben kann."

Am Dienstag hatte Selenskij erklärt, der "einzige Weg", um den Krieg im Donbass zu beenden, sei ein NATO-Beitritt der Ukraine.

Der russische Präsidentensprecher Dmitri Peskow wies jedoch darauf hin, dass dieser Schritt für die Bewohner der selbst ernannten Volksrepubliken Donezk und Lugansk inakzeptabel sei. Er betonte auch, die Situation im Donbass sei ein innerstaatlicher Konflikt der Ukraine, an dem niemals russische Truppen beteiligt gewesen seien.

Die Lage im Donbass spitzt sich seit Februar zu. Nach Angaben der selbst ernannten Republiken bereitet Kiew eine großangelegte Offensive vor. Im März erklärte der Oberkommandeur der ukrainischen Streitkräfte Ruslan Chomtschak, ein solches dieses Szenario sei möglich. Unterdessen verlegt Kiew weitere Truppen in die Nähe der Kontaktlinie.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.04/article/60703e9b48fbef736d6b28e8.jpg>

de.rt.com: **FSB verhindert Terroranschlag auf der Krim – zwei Islamisten festgenommen**

Bei einem Sondereinsatz in der russischen Teilrepublik Krim hat der Inlandsgeheimdienst FSB zwei Anhänger der Terrororganisation Hai'at Tahrir asch-Scham (HTS) festgenommen. Sie sollen einen Anschlag auf eine Bildungseinrichtung in der Stadt Simferopol geplant haben.

Bei den Terrorverdächtigen handelt es sich um russische Staatsbürger in den Zwanzigern. Nach Angaben der Ermittler sollen die Männer einen bewaffneten Angriff vorbereitet haben, bei dem sie selbst gebaute Sprengsätze zünden wollten, schrieb die Nachrichtenagentur RIA Nowosti. Nach dem Attentat wollten sich die Islamisten auf Umwegen durch die Ukraine und die Türkei nach Syrien absetzen, um sich dort Gleichgesinnten anzuschließen. Bei einer Durchsuchung des Unterschlupfes der Männer stellten die Sicherheitskräfte Sprengstoff und Komponenten selbst gebauter Bomben sicher. Außerdem beschlagnahmten sie entsprechende Anweisungen zum Bau der Sprengvorrichtungen sowie einen Schrift- und Sprachnachrichtenwechsel mit den HTS-Emissären mit Details über den geplanten Anschlag. Aus Ermittlungsgründen wurde die Identität der Festgenommenen nicht präzisiert. Die Ermittler leiteten ein Strafverfahren wegen Bombenbaus sowie Propaganda und Beihilfe zum Terrorismus ein.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.04/article/60702593b480cc24ea092a97.jpg>

### Armiyadnr.su: **Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Situation an der Kontaktlinie vom 3. bis 9. April 2021**

Die ukrainische Seite verletzt weiter grob ihre Verpflichtungen zur Einhaltung des Regimes der Feueereinstellung.

#### **In den letzten 24 Stunden:**

In **Richtung Gorlowka** haben Einheiten der 59. Panzergrenadierbrigade das Granatwerferfeuer auf **Sajzewo** eröffnet und zwei Granaten abgefeuert.

In **Richtung Donezk** haben Einheiten der 58. Panzergrenadierbrigade **Wesjloloje** mit 120mm-Mörsern beschossen und 12 Mörsergeschosse abgefeuert.

In **Richtung Mariupol** haben Einheiten der 36. Marineinfanteriebrigade **Leninskoje** mit 82mm-Mörsern beschossen und 14 Mörsergeschosse abgefeuert.

Infolge des feindlichen Beschusses **starb einer unserer Verteidiger**.

Informationen über Verletzte unter der Zivilbevölkerung und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Die Verstöße wurden operativ den Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK zur Kenntnis gegeben, um Maßnahmen gegen die Schuldigen zu ergreifen und die Fälschung von Berichtsdaten über Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer zu verhindern.

**In der letzten Woche** haben die ukrainischen Kämpfer insgesamt **27-mal den Komplex von Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des Regimes der Feueereinstellung verletzt**. Der Gegner hat Feuerprovokationen unter Einsatz von 120mm- und 82mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen, Abwehrgeschützen, Granatwerfern verschiedener Art und Schusswaffen durchgeführt.

**Unter Beschuss von Seiten des Gegners befanden sich 14 Ortschaften der Republik:**

Donezk, Spartak, Jakowlewka, Staromichajlowka, Shabunki, Alexandrowskoje, Schiropkaja Balka, Kominternowo, Wedenskoje, Sajzewo, Wasiljewka, Wesjoloje, Leninskoje und Wodjanoje.

In der letzten Woche wurden 45 Stück **Waffen und Militärtechnik der Einheiten der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ entdeckt, die in 17 Ortschaften stationiert sind.**

Aus dem Bestand der 10. Gebirgssturmbrigade:

zwei Schützenpanzer in der Nähe von Mironowskij;

ein Schützenpanzerwagen auf dem Gebiet eines privaten Hauses in Sajzewo (sewernoje);

drei Schützenpanzer in einem Wohngebiet von Suachaja Balka.

Aus dem Bestand der 58. Panzergrenadierbrigade:

zwei gepanzerte Aufklärungs- und Spähfahrzeuge in einem Wohngebiet von Galizynowka;

zwei Schützenpanzerwagen auf einer Gartenparzelle in Newelskoje.

Aus dem Bestand der 28. mechanisierten Brigade:

drei Schützenpanzerwagen und sechs Schützenpanzer in Beresowoje;

ein Schützenpanzerwagen in Slawnoje;

ein gepanzertes Aufklärungs- und Spähfahrzeug in einem Wirtschaftsgebäude in Georgijewka;

ein Schützenpanzer in einem Wohngebiet von Taramtschuk.

Aus dem Bestand der 53. mechanisierten Brigade:

zwei Schützenpanzer in einem Wohngebiet von Bogdanowka;

ein Panzerschlepper und ein Lastwagen mit einem Abwehrgeschütz SU-23 in Höfen in Nowotroizkoje;

ein Schützenpanzer in Bogdanowka;

ein Schützenpanzer in Starognatowka.

Aus dem Bestand der 59. Panzergrenadierbrigade:

drei Schützenpanzer und ein Lastwagen mit einem Abwehrgeschütz SU-23 im Hof eines Wohnhauses in Kalinowo.

Aus dem Bestand der 36. Marineinfanteriebrigade:

zwei Panzer am Rand von Mariupl;

zwei Panzer am Rand von Makedonowka.

Aus dem Bestand der 43. Artilleriebrigade:

16 122mm-Haubitzen D-30 an der Eisenbahnstation in Slawjansk.

Es wurde festgestellt, dass, um die Entdeckung von verbotenen Waffen der 10., 53., 58. und 72. Brigade zu verhindern, aktiv Stationen zur Funkblockade „Bukowel-AD“ aus dem Bestand von mobilen Gruppen des 305. Bataillons für elektronische Kriegsführung und einer Kompanie für elektronische Kriegsführung der 36. Brigade in den Gebieten von sechs Ortschaften – Sarja, Konstantinowka, Iljinowka, Nowoluganskoje, Stepanowka, Schumy, Priwolnoje, Berdytschi, Perwomajskoje, Mironwoka, romanowka, Dolgaja Balka und Tschernenko eingesetzt werden.

Es ist wichtig, anzumerken, dass in Stepanowka die Schaffung von radioelektronischen Störungen für die Leitungskanäle und GPS-Geräte der Drohnen der Mission so stark waren, dass die Drohne nicht einmal starten konnte.

Wir schließen nicht aus, dass die ukrainischen Besatzer so versuchen, die groß angelegte Ankunft von Militärtechnik an der Eisenbahnstation Konstantinowka, das sich in der Nähe befindet, zu verheimlichen, worüber wir bereits zuvor berichteten.

**Außerdem haben die Besatzer am westlichen Rand von Alexandrowka auf Entscheidung des Kommandos der operativ-taktischen Gruppierung einen Checkpoint eingerichtet, dessen Aufgabe es ist, die Patrouillen der OSZE-Mission nicht auf das Territorium der frontnahen Ortschaft zu lassen.**

In den Einheiten der ukrainischen Streitkräfte erleiden die Kämpfer im Zusammenhang mit dem schlechten moralisch-psychischen Zustand weiter **nicht kampfbedingte Verluste.**

Aber die Verluste sowie die Umstände, unter denen sie sich ereigneten, werden weiter vom ukrainischen Kommando gegenüber den Verwandten der Toten verheimlicht.

Im Zeitraum vom 2. bis 9. April betragen die Verluste in den Verbänden und Truppenteilen der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ neun Mann, davon vier Tote.

Am 26. März starben im Verantwortungsbereich der 10. Gebirgssturmbriade im Gebiet von Schumy in der Folge des Geratens auf eigene Minensperren vier Kämpfer und zwei wurden verletzt.

Am 2. April erlitt Gawriljastj aus der 92. mechanisierten Brigade eine Verletzung, als er auf eine Sprenganlage geriet.

Am 3. April wurden zwei Kämpfer – Ptschelinskij und Grigorjew – im Gebiet von Marjinka durch die Detonation einer POM-2-Mine bei der Vorbereitung auf die Entminung der Örtlichkeit verletzt.

In der 36. Marineinfanteriebrigade wurde der Matrose Turtschak infolge von unvorsichtigem Umgang mit der Waffe verletzt.

Am 3. April wurde Sulima aus der 10. Gebirgssturmbriade infolge des Geratens auf eine Sprenganlage verletzt.

Am 4. April beging der Major des Sanitätsdienstes Stegnij aus dem 59. militärmedizinischen Hospital Selbstmord.

Am 5. April starb Oberleutnant Schpak aus der 58. Panzergrenadierbrigade infolge des Geratens auf eigene Minensperren.

Im Gebiet von Iljinka starb der Kämpfer Stebljanko aus der 10. Gebirgssturmbriade bei der Detonation einer Sprenganlage.

**Außerdem erlitten die ukrainischen Streitkräfte auch kampfbedingte Verluste.**

Am 4. April starb der Kämpfer der 10. Gebirgssturmbriade Bajtala während des erfolglosen Versuchs der Durchführung technischer Aufklärung unserer Minenfelder im Gebiet von Schumy bei einem Gefecht mit Verteidigern von Gorlowka, die Kämpfer Senzow und Iwaschtschenko wurden verletzt.

Nach uns vorliegenden Informationen stellte das Kommando der OOS die Kämpfer der 10. Gebirgssturmbriade als nicht kampfbedingte Verluste dar: den Toten als Deserteur, die Verletzten als bei Schießübungen verletzt.

Bei einer **Inspektion in der 1. Panzerbrigade, die sich in der OOS-Zone befindet**, waren von 98 vorhandenen Panzern nur 59 gefechtsauglich, vollständig gefechtsfähig waren nur 28 – d.h. weniger als 30%.

Hauptprobleme sind das Fehlen von für die Reparatur von defekten Baugruppen und Aggregaten notwendigen Ersatzteilen in den Lagern des Verteidigungsministeriums der Ukraine.

Am 4. April landete auf dem Lwower Flughafen ein Militärflugzeug „C-17“ der Luftstreitkräfte der USA, das von der US-Luftwaffenbasis „Moron“ in Spanien kam.

Das Flugzeug brachte 12 **Spezialisten für Spezialoperationskräfte aus dem 10.**

**Fallschirmlanderegiment der US-Armee**, das auf Aktionen gegen Partisanen sowie Diversions- und Antiterroraktionen spezialisiert ist.

Die amerikanischen Spezialisten brachten Leitungseinrichtungen für Antipanzerraketensysteme, Infrarotsichtgeräte, Codiergeräte sowie 81 Stück Waffen und Munition mit, darunter Scharfschützengewehre, automatische Waffen und Munition für diese. Direkt nach der Entladung des Militärflugzeugs wurden die Amerikaner mit dem Material mit einem Hubschrauber in der 72. Marinezentrum für Spezialoperationen in Otschakow in der Oblast Nikolajewka gebracht, wo derzeit eine Gruppe von Spezialisten der ukrainischen Spezialoperationskräfte zur Entsendung in die OOS-Zone ausgebildet wird.

Wir schließen nicht aus, dass die eingetroffenen ukrainischen Militärs auch im Rahmen der Spezialgruppe in den Donbass kommen.

Die rechtzeitige Impfung des Personals unterstützt bei der Vorbereitung des Personals auf die

Siegesparade, die, was auch geschieht, am 9. Mai auf dem Hauptplatz von Donezk stattfinden wird, dabei werden antiepidemiologische Anforderungen bei den Trainings ebenfalls eingehalten.

de.rt.com: **Italienischer Ministerpräsident Draghi nennt Erdoğan "Diktator"**

Die Posse um die Sitzordnung beim Besuch der EU-Spitzen in Ankara zieht weitere Kreise und sorgt für diplomatische Verstimmungen. Der italienische Ministerpräsident Draghi hatte den türkischen Präsidenten Erdoğan einen Diktator genannt – Ankara reagierte umgehend. Zwischen Italien und der Türkei ist es zu diplomatischen Spannungen gekommen, nachdem der italienische Ministerpräsident Mario Draghi den türkischen Staatschef Recep Tayyip Erdoğan als "Diktator" bezeichnet hat. Die Türkei bestellte aus Protest den italienischen Botschafter ein, wie das Außenministerium am Donnerstagabend mitteilte. Außenminister Mevlüt Çavuşoğlu schrieb auf Twitter, er verurteile Draghis "hässliche und maßlose Äußerungen" aufs Schärfste. Ankara forderte, die Aussagen "sofort" zurückzunehmen. Hintergrund der Äußerung war die Debatte um die Sitzordnung beim Besuch von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und EU-Ratspräsident Charles Michel bei Erdoğan am Dienstag. Für Michel war ein großer Stuhl neben dem türkischen Staatschef reserviert. Von der Leyen bekam hingegen einen Platz auf einem Sofa in einiger Entfernung zugewiesen.

Italiens Premier hatte sich am Donnerstagabend vor der Presse in Rom zu dem Besuch geäußert. "Das war ein Verhalten, das mir sehr wegen der Demütigung missfallen hat, die die Präsidentin der EU-Kommission von der Leyen erleiden musste", sagte der frühere Chef der Europäischen Zentralbank (EZB). Man müsse mit "diesen – nennen wir sie, was sie sind – Diktatoren" eine klare Sprache sprechen und die unterschiedlichen gesellschaftlichen Vorstellungen zum Ausdruck bringen. Man müsse aber auch bereit sein, mit ihnen im Interesse des Landes zu kooperieren. Es brauche das richtige Gleichgewicht, sagte Draghi. Unterstützung bekam Draghi von CSU-Vize Manfred Weber, der auch die christdemokratische Fraktion im EU-Parlament führt. "Premierminister Draghi hat Recht, unter der Führung von Präsident Erdoğan hat sich die Türkei in den vergangenen zehn Jahren von Rechtsstaat, Demokratie und Grundrechten entfernt", sagte Weber am Freitag. Die Türkei sei nicht für alle Bürger ein freies Land. Falls Europa mit solchen Ländern eine konstruktive Partnerschaft wolle, müsse man die Fakten vor Ort klar und ehrlich benennen. Deshalb fordere man auch seit Jahren ein Ende der Verhandlungen über einen EU-Beitritt der Türkei. Die EU-Kommission wollte sich Draghis Bewertung hingegen nicht anschließen. "Es ist nicht Sache der EU, ein System oder eine Person zu kategorisieren", sagte ein Sprecher des EU-Außenbeauftragten Josep Borrell am Freitag. Er verwies darauf, dass die Türkei ein gewähltes Parlament und einen gewählten Präsidenten habe. Das Bild sei komplex. Es gebe Zusammenarbeit mit der Türkei, aber auch viele Bedenken. Die Sorgen beträfen etwa die Situation der Grundrechte, der Meinungsfreiheit und den Zustand der Justiz.

**"Italien soll auf eigene Geschichte schauen"**

Die Wahl des Wortes Diktator sorgte danach in den italienischen Medien für Schlagzeilen. Auch aus der Türkei gab es prompt scharfe Reaktionen. Erdoğan's Kommunikationsdirektor Fahrettin Altun etwa twitterte: "Der ernannte Premierminister Italiens hat sein Maß überschritten, indem er Herrn Recep Tayyip Erdoğan, den das türkische Volk mit 52 Prozent der Stimmen zum Präsidenten gewählt hat, als 'Diktator' bezeichnet hat." Man verurteile diese Art, die in der Diplomatie keinen Platz habe, aufs Schärfste. "Wenn Mario Draghi einen Diktator sucht, soll er auf die Geschichte Italiens schauen."

Draghi war Mitte Februar mit einem Bündnis aus vielen Parteien ins Amt gekommen, nachdem die Vorgängerkoalition in Rom zerbrochen war. Er wurde vom Staatspräsidenten vorgeschlagen und nach Sondierungsgesprächen mit den Parteien ernannt. Er erhielt eine sehr große Mehrheit im Parlament. Am Freitag gab es zustimmende Einschätzungen aus der Politik

zu seiner Äußerung.

In der Diskussion um den Sofa-Platz für Ursula von der Leyen beim EU-Türkei-Treffen in Ankara hatte sich die Türkei bereits am Donnerstag gegen Vorwürfe aus Brüssel verteidigt. Es habe "ungerechte Anschuldigungen gegenüber der Türkei gegeben", sagte Außenminister Çavuşoğlu. "Es wurde entsprechend der Anregungen der EU-Seite so eine Sitzordnung aufgestellt."



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.04/article/6070443bb480cc312350c7d8.jpg>

### **ukrinform.de: USA planen, Kriegsschiffe ins Schwarze Meer zu entsenden, um Russland einzudämmen – CNN**

Die Vereinigten Staaten beabsichtigen, in den kommenden Wochen Kriegsschiffe ins Schwarze Meer zu entsenden, um die Unterstützung der Ukraine angesichts der Eskalation seitens Russlands in der Region zu demonstrieren.

Dies teilte am Donnerstag der amerikanische Fernsehsender CNN unter Bezugnahme auf einen Beamten des US-Verteidigungsministeriums mit, berichtet Ukrinform.

„Die US-Marine operiert regelmäßig im Schwarzen Meer, aber die Stationierung von Kriegsschiffen gerade eben wird ein klares Signal an Moskau sein, dass die Vereinigten Staaten die Situation genau verfolgen“, sagte der Beamte.

Nach dem im Montreux-Übereinkommen vorgesehenen Verfahren müssen die Vereinigten Staaten die Türkei innerhalb von 14 Tagen über ihre Absicht, in das Schwarze Meer anzulaufen, benachrichtigen. Offiziell wird noch nicht bekannt gegeben, ob dieser Antrag bereits eingereicht wurde.

Wie Ukrinform berichtete, haben die Vereinigten Staaten und die NATO-Staaten wiederholt klare Erklärungen abgegeben, die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine angesichts der Eskalation im Donbas sowie der verstärkten militärischen Aktivität Russlands in Osteuroparegion zu unterstützen.



[https://static.ukrinform.com/photos/2021\\_03/thumb\\_files/630\\_360\\_1616408614-898.jpg](https://static.ukrinform.com/photos/2021_03/thumb_files/630_360_1616408614-898.jpg)

### de.rt.com: **Kim Jong-un warnt vor einer Krise ähnlich der tödlichen Hungersnot in Korea in den 1990er-Jahren**

Der nordkoreanische Staatschef Kim Jong-un fordert die Bürger des Landes auf, sich auf schwere Zeiten vorzubereiten. Menschenrechtsgruppen warnen, dass das Land unter einer ernststen Nahrungsmittelknappheit und wirtschaftlicher Instabilität leidet.

Kim Jong-un, der nordkoreanische Staatschef, bereitet seine Bevölkerung aufgrund wirtschaftlicher Schwierigkeiten auf einen weiteren "beschwerlichen Weg" vor. Er scheint die Situation mit der Hungersnot im Land in den 1990er-Jahren zu vergleichen. Damals waren Hunderttausende Menschen ums Leben gekommen.

Mit dem Begriff des "beschwerlichen Weges" beziehen sich nordkoreanische Politiker auf die Hungersnot der 1990er-Jahre, als das Land von internationaler Hilfe abhängig gewesen war. Auslöser der Krise waren der Verlust von Hilfen aus der Sowjetunion, Misswirtschaft und Naturkatastrophen. Die genaue Zahl der Todesopfer ist nicht klar und variiert zwischen Hunderttausenden und drei Millionen.

Zuvor hatte Kim Jong-un gesagt, sein Land sei angesichts der Coronavirus-Pandemie sowie US-Sanktionen und Naturkatastrophen mit der "schlimmsten Situation aller Zeiten" konfrontiert. Dies ist jedoch das erste Mal, dass er öffentlich eine Parallele zu der tödlichen Hungersnot zieht:

"Wir haben viele Hindernisse und Schwierigkeiten vor uns, und so werden unsere Bemühungen um die Umsetzung der Entscheidungen des 8. Parteitags nicht leicht sein." Daten aus China zeigen, dass der Warenaustausch zwischen Pjöngjang und Nordkorea größtem Handelspartner Peking im vergangenen Jahr nach der Schließung der nordkoreanischen Grenze im Rahmen strenger Pandemiemaßnahmen um etwa 80 Prozent geschrumpft war.

Seit Monaten warnen Experten, dass die Menschen in Nordkorea vor großen Problemen stehen. Berichte über Schwierigkeiten kommen anscheinend vor allem aus Städten nahe der chinesischen Grenze, in denen der Schmuggel offensichtlich für viele Menschen lebenswichtig ist. Die Preise für Grundnahrungsmittel schwanken Berichten zufolge enorm. Bisweilen kostet ein Kilogramm Mais mehr als ein Monatslohn.

Lina Yoon, eine Forscherin der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch (HRW), erklärte kürzlich in einem Bericht, dass "kaum Lebensmittel aus China in das Land gelangen": "Es gibt so viele weitere Bettler. Einige Menschen starben im Grenzgebiet an Hunger und es gibt keine Seife, Zahnpasta oder Batterien."

Einige Experten sind jedoch der Meinung, dass die anhaltenden Schwierigkeiten in Nordkorea nicht zu einer Hungersnot führen werden, da China dies nicht zulassen wird. Sie betonen, China mache sich eher Sorgen über die Welle nordkoreanischer Flüchtlinge ins Land sowie

eine mögliche Vereinigung der beiden Koreas mit pro-US-amerikanischer Ausrichtung.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.04/article/60704d7848fbef73835a7008.JPG>

mil-lnr.su: **Pressekonferenz des Offiziers des Pressedienstes der Volksmiliz der LVR Oberleutnant I.M. Filiponenko über die Lage an der Kontaktlinie vom 3. bis 9. April 2021.**

Heute informiere ich über die Lage an der Kontaktlinie sowie über die Ergebnisse der Tätigkeit der Volksmiliz der LVR in der letzten Woche.

**In den letzten 24 Stunden wurden drei Verletzungen des zweiten Punkts der Zusatzmaßnahmen** zur Verstärkung und Kontrolle des geltenden Regimes der Feueinstellung festgestellt.

In **Richtung Debalzewo** haben Kämpfer der 59. Brigade von den Positionen im Gebiet von Luganskoje aus **Nishneje Losowoje** mit einem Mörser des Kalibers 120mm und **Kalinowka** mit einem automatischen Granatwerfer beschossen.

In **Richtung Popasnaja** haben Kämpfer der 92. Brigade von den Positionen in der Nähe von Katerinowka das Gebiet von **Molodjoshnoje** mit einem Mörser des Kalibers 82mm beschossen

Die Verstöße wurden operativ den Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK zur Kenntnis gegeben, um Maßnahmen zu ergreifen und Beschuldigungen der Volksrepublik in Bezug auf Provokationen zu verhindern.

Wir rufen die internationalen Beobachter und die Führung der OSZE auf, diesen weiteren Fall von grober Verletzung des Waffenstillstands durch die ukrainische Seite zu registrieren.

Insgesamt haben die BFU **in der letzten Woche 18-mal das Regime der Feueinstellung in Richtung Debalzewo, Popasnaja, Slawjanoserbsk verletzt**, wobei **zehn Ortschaften beschossen** wurden. ...

In der letzten Woche hat unsere Aufklärung die Stationierung von 17 Stück **Militärtechnik in Wohngebieten von fünf Ortschaften** auf dem zeitweilig von den BFU besetzten Territorium festgestellt. ....

Die nicht kampfbedingten Verluste in der operativ-taktischen Gruppierung „Nord“ betragen in der letzten Woche elf Mann, davon drei Tote. ...

Die **ungeordnete Verminung von Örtlichkeiten** im Verantwortungsbereich der Einheiten der BFU bringt weiter Schmerz und Leid in die Familien der Einwohner unserer Republik.

Wir erinnern daran, dass am 7. April ein Mann, geb. 1965, in einem Waldstück am Sewerskij Donez in der Nähe von Sholtoje auf eine Mine geriet. Vermutlich handelte es sich um eine von Kämpfern der 80. Brigade installierte Sprengeinrichtung.

Am 7. April starb ein Jugendlicher, geb. 2004 im Gebiet von Slawjanoserbsk durch die Detonation einer nicht identifizierten Sprengeinrichtung, ein weiterer Jugendlicher, geb. 2003

erlitt Splitterverletzungen.

Am 4. April geriet ein Zivilist im Gebiet von Nikolajewka auf eine unbekannte Sprengeinrichtung und erlitt mittelschwere Verletzungen. ...

**Die Impfung des Personals der Volksmiliz der LVR ist abgeschlossen.** Dadurch können die Vorbereitungen auf die Siegesparade am 9. Mai, zum 76. Jahrestag des Siegs im Großen Vaterländischen Krieg unbehindert fortgesetzt werden. ...

Die Volksmiliz der LVR unterstützt weiter die Ziviobevölkerung der frontnahen Bezirke. In der letzten Woche haben Soldaten der Volksmiliz mehr als 200 Einwohnern frontnaher Ortschaften zielgerichtete humanitäre Hilfe geleistet. Dazu gehörten Lebensmittelpakete, Hygienemittel, Haushaltschemie und Kinderspielzeug in einem Gesamtgewicht von 1,5 Tonnen.

snanews.de: **US-Delegation besucht Donbass**

Eine US-Delegation unter der Leitung des US-Militärattachés in Kiew, Brittany Stewart, hat das Gebiet der Militäroperation im Donbass besucht. Das teilte der Operativstab der vereinigten ukrainischen Streitkräfte am Freitag mit.

„Der stellvertretende Kommandeur der Streitkräfte, Eduard Moskaljow, informierte die amerikanische Delegation über die aktuelle Sicherheitspolitik und die operative Situation an der Front“, schrieb der Stab auf Facebook. US-Vertreter besuchten auch die Einheiten der ukrainischen Armee, die Aufgaben an der Kontaktlinie erfüllen.

„Die US-Regierung ist zutiefst besorgt über die Situation an den Grenzen der Ukraine und unterstützt in jeder Hinsicht die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine“, sagte Stewart.

Zuvor hat Stewart Russland der „ständigen Aggression gegen die Ukraine“ beschuldigt. Moskau reagierte scharf auf diese Äußerungen; der US-Militärattaché in Moskau wurde demnach sofort ins Verteidigungsministerium eingeladen. Russlands Ministerium betonte, dass Stewards Äußerungen „lügnerische Aussagen enthalten, provokant sind und die ukrainische Seite zu einer militärischen Lösung des internen Konflikts im Donbass drängen“. Präsident Wladimir Selenski war am Donnerstag im Donbass, wo er die Frontlinie besuchte und sich mit dem Militär unterhielt. Dmitri Kozak, stellvertretender Leiter der russischen Präsidentschaftsverwaltung, sagte, er sehe keinen Zusammenhang zwischen Selenskis Donbass-Reise und der Zuspitzung der Lage in der Region.

Die Spannungen nahmen im Februar dieses Jahres zu: Es gab einen Mordversuch gegen einen Bataillonskommandeur der Volksmiliz Donezk, ukrainische Sicherheitskräfte beschossen aus Mörsern die Ortschaft Gorlowka und den Stadtrand von Donezk, die Kämpfe verschärften sich. Die selbsternannten Republiken sind der Meinung, dass Kiew eine groß angelegte Offensive vorbereitet und weitere Truppen an die Kontaktlinie zieht. Im März bezeichnete der Oberbefehlshaber der ukrainischen Streitkräfte, Ruslan Khomtschak, dieses Szenario als möglich. ...



[https://cdn.snaneews.de/img/07e5/04/09/1634037\\_0:41:2048:1193\\_1440x0\\_80\\_0\\_0\\_bfc3e68cb7b3dec4c0d52adf66820396.jpg](https://cdn.snaneews.de/img/07e5/04/09/1634037_0:41:2048:1193_1440x0_80_0_0_bfc3e68cb7b3dec4c0d52adf66820396.jpg)

### snaneews.de: **Kreml: Putin erklärte Merkel Bewegung russischer Truppen**

Nach der Aufforderung der Bundeskanzlerin Angela Merkel an Russland, seine Militärpräsenz an der Grenze zur Ukraine abzubauen, habe der russische Präsident Wladimir Putin darauf hingewiesen, dass Moskau selbst entscheide, wie seine Truppen auf seinem Territorium bewegt werden sollen. Das sagte der Kreml-Sprecher Dmitri Peskow am Freitag.

„Der Präsident hat die notwendige Erklärung gegeben. <...> Es steht uns absolut frei, unsere Streitkräfte und alle Einheiten in ganz Russland nach unserem Ermessen zu bewegen“, sagte Peskow.

Die Ukraine entwickelt sich Peskow zufolge zu einer potenziell instabilen Region. Jedes Land, das ein instabiles und explosives Nachbarland an seinen Grenzen habe, ergreife Maßnahmen zum Schutz seiner Sicherheit.

Mit Blick auf den Ostukraine-Konflikt hat Merkel Putin beim Telefongespräch am Donnerstag aufgefordert, die russischen Soldaten von der ukrainischen Grenze abzuziehen. Wladimir Putin machte auf die provokativen Aktionen Kiews aufmerksam, das in jüngster Zeit die Situation an der Demarkationslinie gezielt verschärft. ...



[https://cdn.snaneews.de/img/07e5/03/16/1398919\\_0:0:2907:1636\\_1440x0\\_80\\_0\\_0\\_544770368fb17ce3f27362707a9363b0.jpg](https://cdn.snaneews.de/img/07e5/03/16/1398919_0:0:2907:1636_1440x0_80_0_0_544770368fb17ce3f27362707a9363b0.jpg)

### de.rt.com: **Russland schickt Kriegsschiffe ins Schwarze Meer – USA erwägen Verlegung von Schiffen in Region**

Russland verlegt mehrere Marineschiffe vom Kaspischen Meer ins Schwarze Meer, um an

Marineübungen in der Nähe der Landesgrenzen zur Ukraine teilzunehmen. "CNN" berichtet, die USA erwägen, Kriegsschiffe ins Schwarze Meer zu schicken, um ihre Unterstützung für die Ukraine zu demonstrieren.

Russland verlegt mehrere Marineschiffe, darunter Landungsschiffe und Artillerie-Kriegsschiffe, vom Kaspischen Meer ins Schwarze Meer, um an Marineübungen in der Nähe der Landesgrenzen zur Ukraine teilzunehmen, wie Reuters unter Berufung auf die russische Nachrichtenagentur Interfax berichtet.

Das russische Verteidigungsministerium teilte mit, dass die Flotte im Rahmen der Militärübungen, an denen etwa 15.000 Soldaten beteiligt seien, ins schwarze Meer verlegt werde, um dabei die Kampfbereitschaft der Seestreitkräfte des Landes bis Ende dieses Monats zu überprüfen. Die geplante Inspektion der Kampfbereitschaft soll in diesem Monat mehr als 4.000 Übungen umfassen.

Im Rahmen des "Wintertrainingschecks" führten zehn Marineschiffe, darunter Landungsschiffe und Artillerie-Schiffe des südlichen Militärbezirks, eine Verlegung vom Kaspischen Meer zum Schwarzen Meer durch, sagte das Ministerium.

"Die kaspischen Flottillenschiffe werden sich ihren Kollegen der russischen Marine im Schwarzen Meer anschließen, um Übungen durchzuführen, die darauf abzielen, ihre Bereitschaft zur Abwehr von See- und Luftangriffskräften zu testen."

Medienberichten zufolge schickte bereits die US-Luftwaffe zwei Boeing B-1 von der Ellsworth Air Force Base in South Dakota auf eine Langstrecken-Rundreise in die Ägäis im Südosten des Schwarzen Meeres.

Während die russische Erklärung über die Verlegung der kaspischen Flottillenschiffe mit den neuen Spannungen in der Ostukraine zusammenfiel, berichtete CNN, dass die US-Regierung erwägt, ihre Kriegsschiffe in den nächsten Wochen ins Schwarze Meer zu schicken, um ihre Unterstützung für die Ukraine zu demonstrieren. "Die US-Marine operiert routinemäßig im Schwarzen Meer, aber ein Einsatz von Kriegsschiffen würde nun eine konkrete Botschaft an Moskau senden", so CNN. Die USA müssten ihre Absicht, gemäß einem Vertrag von 1936 in das Schwarze Meer einzureisen, 14 Tage im Voraus mitteilen, um der Türkei die Kontrolle über die Meerengen zu ermöglichen. Es sei unklar, ob noch eine Mitteilung gesendet worden sei.

"Keine Bestätigung. Wir haben derzeit nichts mit Ihnen zu teilen", teilte der Pressedienst vom Europäischen Kommando der Vereinigten Staaten der TASS mit.

Die russische Schwarzmeerflotte hat ihren Sitz auf der Krim, die 2014 in einem Referendum sich wieder mit Russland vereinigte.

Kreml-Sprecher Dmitri Peskow sagte inzwischen, dass andere Länder Bewegungen von Militäreinheiten auf russischem Territorium nicht als besorgniserregend empfinden sollten, da Russland keine Bedrohung für andere Staaten, einschließlich der Ukraine, darstellt. Er sagte, dass die Entwicklungen in Donbass ein interner Konflikt seien, an dem russische Truppen nie teilgenommen hätten.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.04/article/60704f4db480cc312350c7f7.jpg>

### de.rt.com: **Vier Todesfälle nach Sputnik-V-Impfung? Russland dementiert Bericht von "Euobserver"**

Das russische Exekutivorgan, das für die Überwachung und Kontrolle des Gesundheitssystems zuständig ist, hat die Information von der Zeitung "EUobserver" über vier Todesfälle im Zusammenhang mit der Sputnik-V-Impfung dementiert.

Russland hat die Information über vier Todesfälle nach der Impfung mit Sputnik V bestritten. Zuvor hatte die Onlinezeitung EUobserver berichtet, eine anonyme Quelle aus Russland hätte die internen Dokumente von der russischen Aufsichtsbehörde für Konsumentenschutz und Gesundheitsschutz über Todesfälle nach der Impfung an die europäische Regulierungsbehörde übergeben. Roszdravnadzor, das russische Exekutivorgan für die Überwachung und Kontrolle des Gesundheitssystems, kommentierte die Vorwürfe wie folgt:

"Wir überwachen ständig die Sicherheit vom Impfstoff zur Vorbeugung von COVID-19. Seit Beginn des Einsatzes haben wir keinen einzigen Todesfall registriert, der auf die Verwendung des russischen Impfstoffes gegen das Coronavirus zurückzuführen ist."

Die Chefin von Roszdravnadzor betonte, Russland verfüge über ein wirksames Pharmaüberwachungssystem, bei dem jeder Mediziner verpflichtet ist, Informationen über alle Fälle von Nebenwirkungen eines Impfstoffes einzugeben. Ebenfalls erklärte der Direktor des Gamaleja-Zentrums, der Entwicklungseinrichtung von Sputnik V, Alexander Ginzburg, er wisse nichts über die vier Todesfälle nach der Sputnik-V-Impfung, über die EUobserver schreibt, oder über andere Todesfälle.

Laut EUobserver sollen kürzlich in Russland vier Menschen gestorben sein, nachdem sie mit dem Sputnik V-Impfstoff geimpft worden waren, und weitere sechs Menschen hatten schwerwiegende Nebenwirkungen. Drei der Verstorbenen waren Frauen im Alter von 51, 69 und 74 Jahren. Die Veröffentlichung enthält keine Dokumente für die vierte Person.

EUobserver merkte jedoch an, dass die Zeitung über soziale Netzwerke die vierte Person identifiziert habe. Dies soll eine Krankenschwester eines Krankenhauses in Uljanowsk gewesen sein. In diesem Zusammenhang gab die Europäische Arzneimittel-Agentur am Donnerstag bekannt:

"Wir können bestätigen, dass alle Berichte von der EMA ernsthaft geprüft und bewertet werden."

Mittlerweile geht es in dem Artikel darum, dass die angeblichen Todesfälle mit schon vorher festgestellten Krankheiten von Herz, Lungen oder Blutzucker verbunden und nicht allein durch Sputnik V verursacht worden sein können. Das Material enthält Links zu Fotokopien von drei Berichten über Todesfälle von Patienten, die an die Leiterin der russischen Aufsichtsbehörde Anna Popova gerichtet sind. Die Autoren des Artikels behaupten jedoch,

dass die Gesamtzahl der Fälle, zehn, "winzig" sei im Vergleich zu den Millionen von Menschen, die mit dem Sputnik V-Impfstoff geimpft wurden.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.04/article/607062e4b480cc31ae01e020.jpg>

### de.rt.com; **Atomdeal: Chamenei fordert Aufhebung aller US-Sanktionen zur Ermöglichung des Ölverkaufs**

Die Überprüfung der Aufhebung der US-Sanktionen bedeutet, dass Öl auf offiziellem Weg problemlos und unter normalen Bedingungen verkauft werden und Iran sein Geld erhalten kann, sagte der Oberste Führer Irans Chamenei im Zuge der neuen Gesprächsrunde in Wien. Der Oberste Führer Irans Ali Chamenei hat erneut bekräftigt, dass der Iran erst dann zu seinen Verpflichtungen im Rahmen des Atomabkommens (JCPOA) zurückkehren werde, nachdem das Land überprüft habe, dass die Sanktionen nicht nur in Worten, sondern in der Tat aufgehoben worden seien, hieß es auf Press TV. Die Aufhebung der Sanktionen bedeute, dass die Islamische Republik in der Lage sein sollte, ihr Öl unter normalen Bedingungen zu verkaufen und ihr Geld zu erhalten.

Chamenei zufolge geht eine Überprüfung des Verkaufes von iranischem Öl mit einem ungehinderten Zahlungsverkehr durch Banken einher. Seit der Wiedereinführung der US-Sanktionen sind Finanzabwicklungen mit dem Iran kaum möglich. Westliche Länder hatten dem Iran auch vor dem Ausstieg der ehemaligen US-Regierung aus dem Atomdeal beim Zahlungsverkehr durch internationale Banken Steine in den Weg gelegt. Ex-US-Präsident Donald Trump hatte nach dem einseitigen Ausstieg aus dem internationalen Atomabkommen mit Teheran 2018 die Swift-Banken unter Druck gesetzt. Diese sollten iranische Banken vom Zahlungssystem ausschließen.

"Die Überprüfung der Aufhebung von US-Sanktionen bedeutet, dass Öl auf offiziellem Weg problemlos und unter normalen Bedingungen verkauft werden und Iran sein Geld erhalten kann."

Ali Chamenei unterstrich, dass das Engagement auf der einen Seite durch das Engagement auf der anderen Seite erwidert werden sollte. Die USA müssten zuerst alle Sanktionen aufheben, wenn der Westen wolle, dass der Iran zur Einhaltung des JCPOA zurückkehre.

Die US-Regierung wiederholte am Mittwoch inmitten der neuen Gesprächsrunde zum Atomdeal in Wien ihr Schritt-für-Schritt-Angebot und verwies darauf, dass Zugeständnisse auf Zugeständnisse folgen würden. Diese Idee hat die Islamische Republik bereits mehrfach als nicht tragbar zurückgewiesen.

Das Ziel der jüngsten diplomatischen Bemühungen ist die Rückkehr der USA zu der Vereinbarung und die Aufhebung der US-Sanktionen gegen den Iran sowie eine überprüfbare Einhaltung aller nukleartechnischen Auflagen durch den Iran. Die US-Regierung forderte jedoch den Iran auf, den ersten Schritt zur Rückkehr der Verpflichtungen des Atomdeals

vorzunehmen.

Der Iran hat seit 2019 schrittweise die Verpflichtungen des Abkommens für sein Atomprogramm als Reaktion auf den Rückzug Washingtons aus dem Abkommen im Jahr 2018 und die Wiedereinführung von Sanktionen, welche die Wirtschaft der Islamischen Republik geschwächt haben, rückgängig gemacht.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.04/article/607064ff48fbef1383430a68.jpg>